



Erläuterungen zur Mustervorlage A - "Standardvertrag"

Anwendungsbereich:

Diese Mustervorlage findet in allen Fällen Anwendung, in denen es einzig um die Abgrenzung der Rechte und Pflichten zwischen Bund und Kantonen geht (z. B. bei einer der National- und Kantonsstrasse gemeinsam dienende Lärmschutzwände, gemeinsame SABA etc.) und keine andere Mustervorlage zur Verfügung steht.

Sie kann aber auch angewendet werden, wenn die vertragliche Regelung mit einer anderen Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts (z. B. Gemeinde) abgeschlossen werden soll. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn zwischen dem Kanton als bisherigem Eigentümer und der Gemeinde gestützt auf eine gesetzliche Bestimmung des kantonalen Rechts bisher keine Vereinbarung abgeschlossen werden musste.

Die Vorlage kann ebenfalls dann verwendet werden, wenn es sich beim Vertragsobjekt nicht unmittelbar um einen Bestandteil der Nationalstrasse handelt, der Bund sich jedoch gestützt auf Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b bzw. Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b MinVV an den Unterhalts- und Betriebskosten zu beteiligen hat. Die Frage der Eigentümerschaft spielt also für den Anwendungsbereich keine Rolle (siehe dazu die Erläuterungen zu Ziffer 5 des Vertragsmusters).

Letztendlich kann diese Vorlage auch eingesetzt werden, wenn sich das Eigentum der Nationalstrasse nicht über ein gesamtes Bauwerk erstreckt (Beispiel: der Perimeter der Nationalstrasse bei einem Anschluss endet auf einem Brückenbauwerk, das sich im Übrigen im Eigentum des Kantons befindet). In diesen Fällen kann es Sinn machen, dass eine Partei die Verantwortung für den Betrieb und den Unterhalt für das gesamte Brückenbauwerk übernimmt.

Dementsprechend findet diese Mustervorlage **keine** Anwendung

- wenn einzig oder zusätzlich Rechte Dritter betroffen sind und/oder
- wenn der Vertrag mit einer natürlichen oder juristischen Person des Privatrechts (darunter fällt auch die SBB AG und andere Privatbahnen) abgeschlossen werden soll.

Allgemeine Hinweise zur Erstellung des Vertrags

Für jedes Objekt ist ein einzelner Vertrag zu erstellen. Sammelverträge oder Rahmenverträge sind nicht zulässig. Zudem sind folgende Besonderheiten zu beachten:

- **Grau hinterlegte Felder** sind zwingend in jedem Falle zu ergänzen;
- *kursiv* dargestellte Felder sind individuell anzupassen oder zu beschreiben.

Von den übrigen Bestimmungen/Feldern darf ohne Einverständnis des Bereichs Rechtsdienst und Landerwerb (RDL ASTRA) nicht abgewichen werden. Wo Varianten möglich sind, wird in diesen Erläuterungen darauf hingewiesen und entsprechende Textbausteine vorgeschlagen.

Ergänzungen auf Wunsch der Vertragspartner sind grundsätzlich zulässig. Es ist jedoch darauf zu achten, dass der Gesamtcharakter des Vertrags gewahrt bleibt und sich keine Widersprüche zu den vorgegebenen Texten ergeben. Die Ergänzungsvorschläge sind vor Unterzeichnung des Vertrages dem Bereich RDL zur Genehmigung zu unterbreiten.

Falls der Vertrag nicht mit dem Kanton, sondern mit einer anderen Rechtsperson des öffentlichen Rechts abgeschlossen werden soll, ist bei der Vertragsredaktion darauf zu achten, dass der Begriff "Kanton" im gesamten Dokument entsprechend ersetzt wird.

Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Ziffer 1: Gesetzliche Grundlagen

Hier sind keine weiteren Erläuterungen notwendig. Die aufgeführten Erlasse können in der Systematischen Sammlung des Bundesrechts herunter geladen werden.

Siehe <http://www.admin.ch/dokumentation/gesetz/index.html?lang=de>

Ziffer 2: Ausgangslage

Hier sind ebenfalls keine weiteren Erläuterungen notwendig. Falls der Vertrag mit einer anderen Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts als dem Kanton abgeschlossen werden soll, ist jeweils der letzte Absatz je entsprechend der Vorgeschichte zu ergänzen.

Ziffer 3: Begriffe / Definitionen

Für die Begriffe gibt es verschiedene und uneinheitliche Definitionen (so z. B. in SIA-Norm 469). Bezüglich der im Nationalstrassenrecht verwendeten Begriffe "Unterhalt" und "Betrieb" wird die Terminologie gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verwendet (siehe Art. 9 und Art. 10 MinVG bzw. die Ausführungsbestimmungen dazu in der MinVV). Um Missverständnissen vorzubeugen, werden im Vertrag diese gesetzlichen Begriffe verwendet.

Ziffer 4: Objektbeschreibung

Im Objektbescrieb ist das Objekt/Bauwerk möglichst detailliert zu beschreiben (technischer Beschrieb, Ausmasse, Zweck und Funktion etc.). Für die spätere Interpretation des Vertrags ist zwingend ein Plan/Kartenausschnitt etc. aufzuführen, woraus das Objekt ersichtlich ist. Diese Unterlagen sind dann auch in Ziffer 19 als Anhänge des Vertrags zu vermerken.

Ziffer 5: Eigentumsverhältnisse

Ausgangslage bilden die Eigentumsverhältnisse gemäss Eintrag im Grundbuch. Diese sind inkl. allfälliger Baurechtsverträge etc. im Vertrag anzugeben. Ein entsprechender Auszug aus dem Katasterplan ist dem Vertrag beizulegen und unter Ziffer 19 als integrierender Bestandteil des Vertrags aufzuführen.

Es ist jedoch zu beachten, dass das Eigentum an den Grundstücken der Nationalstrasse im Zuge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) kraft Gesetz auf den Bund übergegangen ist. Somit kann es in Einzelfällen vorkommen, dass diese Eigentumsübertragung jedoch grundbuchlich noch nicht vollzogen wurde (grundbuchlich noch im Eigentum des Kantons) aber sich das Grundstück aber dennoch bereits kraft Gesetz im Eigentum des Bundes befindet. In diesen Fällen sind die Eigentumsverhältnisse unter Ziffer 5 z. B. folgendermassen zu präzisieren (z. B. "*... das Grundstück wird als Nationalstrassengrundstück in das Eigentum des Bundes übertragen*").

In einzelnen Kantonen (z. B. VD, BS, NE, SO, GE) waren die Grundstücke als so genannte "domaine publique" bisher noch gar nicht im Grundbuch eingetragen. In diesen Fällen sind die Eigentumsverhältnisse unter Ziffer 5 z. B. wie folgt anzugeben: "*Das Grundstück wird im Grundbuch auf das Eigentum des Bundes/des Kantons eingetragen*". Auch hier sind Pläne beizulegen.

Sodann kann es vorkommen, dass sich erst bei den Verhandlungen herausstellt, dass sich ein Grundstück irrtümlicherweise (noch) nicht im Eigentum des Bundes befindet oder grundbuchlich noch Detailbereinigungen vorzunehmen sind. Solche Fälle sind dem Bereich RDL zu melden.

Bestehen Zweifel über die Eigentumsverhältnisse ist der kantonal zuständige Landerwerber bzw. die für den Landerwerb zuständigen Personen im Bereich RDL des ASTRA zu kontaktieren.

Ziffer 6: Zuständigkeiten

Ungeachtet der sachenrechtlichen Eigentumsverhältnisse sind in dieser Ziffer die Zuständigkeiten für den Unterhalt und Betrieb zu benennen. Es ist durchaus möglich und aus Sicht des ASTRA auch sinnvoll, die eine oder andere Partei als gesamthaft zuständig zu erklären, selbst wenn diese nicht oder nur teilweise sachenrechtliche Eigentümerin ist. Auf diese Situation ist der Vertrag ausgerichtet.

Ist dies Seitens eines Kantons jedoch nicht erwünscht und will dieser getrennte Zuständigkeiten, ist folgende Variante zu vereinbaren:

Variante 1:

6.1 Unterhalt

Für die Zustandserfassung und die Planung des Unterhalts ist der jeweilige in Ziffer 5 erwähnte Eigentümer zuständig. Er überwacht den Zustand des Objekts laufend und ermittelt den Unterhaltsbedarf. Er plant die notwendigen Unterhaltsarbeiten an seinem Eigentum selbständig und führt diese selber aus. Diese Arbeiten sind sorgfältig, sachkundig sowie nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik auszuführen. Vor der Planung und Realisierung der Unterhaltsarbeiten ist der anderen Vertragspartei die Gelegenheit einzuräumen, diese Arbeiten gemeinschaftlich für das gesamte Bauwerk auszuführen.

6.2 Betrieb

Für den Betrieb ordnungsgemässen, sachkundigen und dem Stand der Technik entsprechenden Betriebs ist der jeweilige Eigentümer gemäss Ziffer 5 für sein Eigentum selber zuständig.

Wird von dieser Variante Gebrauch gemacht ist zudem Ziffer 5 wie folgt zu ergänzen:

In teilweiser Abänderung und Präzisierung der sachenrechtlichen Eigentumsverhältnisse befinden sich folgende Werksbestandteile im Eigentum

- des Kantons: *(hier ist genau zu definieren, was dem Kanton gehört; allenfalls bitte ebenfalls ein Plan beilegen)*
- des Bundes: *(dito für Bund)*

Ziffer 7: Informationsaustausch

Damit die Vertragsparteien über die notwendigen Arbeiten jederzeit auf dem Laufenden sind und die entsprechenden Budgets bereitstellen, Ergänzungswünsche bei Unterhaltsarbeiten einbringen können etc. ist ein ständiger Informationsaustausch, insbesondere vor Inangriffnahme grösserer Unterhaltsarbeiten, zwingend. Diese Verpflichtung soll hier vertraglich festgehalten werden.

Ziffer 8: Kostentragung / Abrechnung / Zahlungsfristen

Ziffer 8.1: Unterhalt

Absatz 1: Insbesondere bezüglich des kostenintensiveren Unterhalts ist eine einfache Kostenaufteilung in % der jeweils anfallenden Kosten zu bevorzugen.

Im Einzelfall oder auf Wunsch des Kantons ist es auch möglich, die Unterhaltskosten nicht nach den gesamten Kosten, sondern nach einem fixen Kostenteiler je Bauwerksteil festzulegen. In diesen Fällen ist Ziffer 8.1, Absatz 1, wie folgt zu ersetzen:

Variante 2:

8.1 Unterhalt

¹Die Kosten für den Unterhalt werden je Bauwerksteil wie folgt aufgeteilt:

<u>Bauwerksteil</u>	<u>Anteil ASTRA in %</u>	<u>Anteil Kanton in %</u>
(genauer Beschrieb der Bauwerksteile)	0.00	0.00
	0.00	0.00
	0.00	0.00

²Der gemäss Ziffer 6.1 Verpflichtete stellt nach Beendigung der Arbeiten entsprechend Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

Absatz 2: Zu diesem Absatz sind keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 8.2: Betrieb

Absatz 1: Auch betreffend die Aufteilung der Kosten für den Betrieb ist vorerst von einem %-Anteil auszugehen. Hier ist es aber ebenfalls möglich, einen fixen Kostenteiler je Bauwerksteil zu vereinbaren. Diesfalls kann die in den Erläuterungen zu Ziffer 8.1 aufgeführte Variante 2 auch für den Betrieb verwendet werden.

Absatz 2: Um den administrativen Aufwand zu senken (laufende Einzelrechnungen mit Nachweis der einzelnen Kosten) ist das ASTRA der Ansicht, dass ein so errechneter Anteil wenn möglich zu pauschalisieren und jährlich abzugelten ist. Dementsprechend wird im Standardtext nachfolgend diese Variante vorgeschlagen, wobei der pauschalisierte Betrag jeweils der Indexteuerung gemäss Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) anzupassen ist.

Falls dies nicht gewünscht wird, ist Ziffer 8.2, Absatz 2, wie folgt zu ersetzen:

Variante 3: kostenabhängige Abrechnung des Betriebs

²Die Kosten werden einmal jährlich anhand der effektiv entstandenen Kosten abgerechnet. Der gemäss Ziffer 6.2 Verpflichtete stellt hierzu unter Nachweis der effektiven Kosten jeweils Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

Absatz 3: Während davon auszugehen ist, dass die Kosten für den Unterhalt bisher bereits gegenseitig verrechnet wurden, ist beim Betrieb festzuhalten, dass der bisherige Kostenträger seine Kosten noch nachträglich und rückwirkend per 1. Januar 2008 in Rechnung stellen kann. Dies ist im letzten Absatz unter Ziffer 8 festgehalten. Im gegenseitigen Einvernehmen und wenn sachliche Gründe vorliegen, kann auf die Klammer in Absatz 3 verzichtet werden. Somit würden erstmals per 31.12.2010 für das Jahr 2010 Rechnung gestellt.

Allgemeine Bemerkungen sowohl zum Unterhalt als auch zum Betrieb

Ebenfalls denkbar (und seitens ASTRA bevorzugt!) ist die Variante, dass die Kostenbeteiligung einmalig und für die gesamte Lebensdauer des Werks abgegolten werden soll. Dies wahlweise für den Unterhalt und/oder für den Betrieb. Der zur Zahlung Verpflichtete hat den Betrag innert angemessener Frist zu bezahlen. Die Zahlungsmodalitäten können jedoch individuell ausgehandelt werden.

In diesem Falle sind Ziffer 8.1, Absatz 2, und/oder Ziffer 8.2, Absatz 3, wie folgt zu formulieren:

Variante 4: einmalige pauschale Abgeltung

Die Kostenbeteiligung des [] (ASTRA oder Kantons) für den [] (Unterhalt oder Betrieb) wird einmalig mit einem Betrag von CHF 0.00 abgegolten. Das ASTRA/der Kanton stellt nach Abschluss der Vereinbarung eine entsprechende Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

oder

Die Kostenbeteiligung des [] (ASTRA oder Kantons) für den [] (Unterhalt oder Betrieb) wird einmalig mit einem Betrag von CHF 0.00 abgegolten. Dieser Betrag wird wie folgt fällig:

(Zahlungsplan)

[] (Das ASTRA oder Der Kanton) stellt bei Fälligkeit entsprechend Rechnung. Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage.

Wurde unter Ziffer 6 sodann von der Variante 1 Gebrauch gemacht (getrennte Zuständigkeit) ist Ziffer 8 einfach wie folgt zu formulieren:

Der gemäss Ziffer 6 Verpflichtete trägt die gesamten Kosten für den Unterhalt und Betrieb seines Eigentums.

Ziffer 9: Mehrkosten bei Änderungen am Objekt

Unter dieser Ziffer wird der Grundgedanke von Artikel 8 Absatz 3 MinVG aufgenommen. Gemäss dieser Bestimmung hat der Kanton bei Nationalstrassenanlagen, die auf seinen Wunsch erstellt werden und die in seinem Interesse liegen, die Kosten zu tragen. Im Sinne der Gegenseitigkeit muss dies auch dann gelten, wenn ein Objekt, welches nicht Bestandteil der Nationalstrasse ist, auf Wunsch und im Interesse des ASTRA geändert wird. Entsprechend wird Ziffer 9 neutral formuliert.

Ziffer 10: Streitigkeiten über Kosten

Obwohl das Potential für Streitigkeiten über die Kostenteilung aus diesem Vertrag durch die übrigen Bestimmungen weitgehend ausgeräumt werden sollte, ist es dennoch denkbar, dass solche Streitigkeiten auftauchen (z. B. bezüglich notwendiger Arbeiten und den daraus resultierenden Kosten). In diesen Fällen soll der in Artikel 8 Absatz 3 bzw. Artikel 9 Absatz 3 MinVV vorgesehene Weg der Verfügung durch das ASTRA vorbehalten bleiben. Für die übrigen Vertragsbestimmungen siehe Ziffer 17.

Ziffer 11: Zutritt zu den Anlagen

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 12: Haftung

Zu unterscheiden ist zwischen der Haftung unter den Vertragsparteien und der Haftung gegenüber Dritten.

Ziffer 12.1 erfordert keine weiteren Erläuterungen. Demgegenüber gilt es in Ziffer 12.2 aufgrund der unterschiedlichen Eigentümerschaft/Zuständigkeiten die Haftungsfragen und -folgen zwischen den Vertragsparteien zu klären. Dabei ist davon auszugehen, dass ein geschädigter Dritter seine Ansprüche gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere Artikel 58 des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches [Fünfter Teil: Obligationenrecht], OR, SR 220 und/oder Artikel 679 in Verbindung mit Artikel 684 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, ZGB, SR 210) geltend machen wird.

Dementsprechend wird sich der geschädigte Dritte primär an den im Grundbuch eingetragenen Werkigentümer richten. Dieser wird sich kaum unter Hinweis auf den vorliegenden Vertrag aus seiner Haftung befreien können.

Gestützt auf diese Ausgangslage wird folgendes Verfahren vertraglich festgelegt:

- soweit sich Ansprüche Dritter gegen eine der Vertragsparteien richten, ist diese grundsätzlich verpflichtet, die gerichtlichen und aussergerichtlichen Verhandlungen bzw. Verfahren zu führen. Ihr steht aber dann ein Rückgriffsrecht auf die Vertragspartei zu, wenn der Schaden durch Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung des Vertrags durch die andere Partei entstanden ist (Regress).
- um seine Interessen einbringen zu können, ist dem Regressbelasteten das Recht einzuräumen, seinerseits seine Argumente einzubringen und auf das Verfahren/die Verhandlungen einzuwirken.
- Im gegenseitigen Einverständnis kann die Verhandlungsführung vollumfänglich der Regressbelasteten Partei delegiert werden. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn aufgrund der hier getroffenen vertraglichen Verpflichtungen offensichtlich ist, dass ein allfälliger Schaden durch die andere Vertragspartei verursacht wurde.

Ziffer 13: Übertragung

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 14: Vertragsänderungen

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 15: Schadenverhütungs- / Schadenminderungspflicht

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 16: Veröffentlichung, Information und Transparenz der Verwaltung

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 17: Streitigkeiten

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 18: Inkrafttreten und Dauer

Keine Erläuterungen notwendig.

Ziffer 19: Anhänge

Hier sind die unter den bisherigen Ziffern (insbesondere unter Ziffern 4 und 5) aufgeführten Dokumente anzuführen.